

Walterskirchen, Gudula: Die
blinden Flecken der Geschichte –
Österreich 1927–1938.
Wien: Verlag Kremayr & Scheriau
2017, 208 Seiten, € 22,90.



Eines der aufregendsten Geschichtswerke letzter Zeit stammt aus der Feder der Historikerin Gudula Walterskirchen. Denn sie durchforstet eine der dramatischsten und von Bürgerkriegen zerrissenen Phasen der österreichischen Geschichte zwischen 1927 und dem zeitweiligen Untergang des österreichischen Staates am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diesen Zeitraum teilt sie in fünf Abschnitte des historischen Geschehens. Innerhalb dieser widmet sie sich nicht nur dem bloßen Geschehen, sondern auch der Art und Weise, in der die handelnden Personen in ihrer Darstellung Mängel übersehen und die Darstellung manipulieren. Es sind „die blinden Flecken der Geschichte“.

Zu Beginn zeigt die Autorin Österreich als Land der späten Zwanziger Jahre unter dem doppelten Damoklesschwert des Klassenkampfes und des militärpolitischen Pluralismus. Denn neben dem legalen Bundesheer hatten sich parteipolitisch orientierte Privatarmeen, in zwei Fällen stärker als das Heer, herausgebildet, die einander bedrohten. Die Republik Österreich hatte das normale Staaten kennzeichnende Monopol an Mitteln der Gewaltlosigkeit verloren. Ein Zusammenstoß von Mitgliedern zweier „privater“ Kampf-

verbände verursachte zwei Todesfälle und führte, angefacht durch maßlose Hetze der parteilich jeweils zugehörigen Presse, zu einer Behandlung des Falles durch fachlich überforderte Juristen und Geschworene. Als dieser „Schattendorfer Prozess“ 1927 mit einem für Laien unbegreiflichen Freispruch endet, ruft dieser wilde Massendemonstrationen hervor, in deren Verlauf der Wiener Justizpalast in Flammen gesetzt wird. Weder Wiens Bürgermeister noch die Polizei können sich gegen die erbitterten Massen durchsetzen. Der Einsatz von Schusswaffen wird freigegeben. Die Bilanz: 89 Tote, 600 Schwerverletzte.

Im zweiten Abschnitt zeigt die Verfasserin kenntnisreich die wachsende Kampfbereitschaft der beiden großen Lager. Während die Linke Waffen hortete und von Revolution redete, ohne sie zu wagen, ergriff der Kommandant der sozialistischen Schutzabteilung in Linz, trotz ausdrücklichen Verbots der Parteizentrale in Wien die Initiative. Als der Plan zu einer Waffensuchaktion in Linz bekannt wurde, informierte der Kommandant des sozialistischen Schutzbundes in Linz die Wiener Parteizentrale (O. Bauer), er werde auf jeden Fall schießen lassen, falls es in Linz zu einer polizeilichen Suchaktion kommen sollte. Trotz des Verbots der Parteizentrale ließ der Linzer Schutzbundchef Bernaschek am 12. Februar 1934 das Feuer auf eine nach illegalen Waffen suchende Polizeiesskorte eröffnen, womit der Bürgerkrieg provoziert war. Insgesamt starben 350 bis 360 Menschen. Walterskirchen untersucht das Geschehen in einer Weise, die auch typische, zumeist tragische Einzelschicksale behandelt. Sie kritisiert neun Todesurteile und Exekutio-

nen an Aufständischen, die trotz Fürbitten von höchster Stelle vollstreckt wurden. Doch in ihrem „Resümee“ der Ereignisse vom Februar 1934 konstatiert sie: „Der Großteil der Arbeiterschaft, selbst führende Gewerkschaften, blieben passiv.“

Ungewöhnlich war auch der Zustand des österreichischen Parlaments. Denn „das Parlament, in etwa gleich große Teile gespalten, drohte [...] an den klaffenden Gegensätzen auseinanderzubrechen“. Ein unverantwortlicher Schildbürgerstreik seiner drei Präsidenten führte zu deren Rücktritt und damit ab dem 4. März 1933 zu seiner Lähmung. Angesichts dieser Inkompetenz und der gleichzeitigen Wirtschaftskrise „schwand das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Demokratie“. Ab dem 7. März 1933 amtiert die Bundesregierung auf der Basis des sog. Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917. Anschließend wird Österreich zur autoritären Kanzlerdiktatur.

Hitlers Generaloffensive gegen Österreich begann in direkter Reaktion auf die Gründung der Vaterländischen Front im Mai 1933, mit der Dollfuß Österreichs Widerstand durch die Schaffung eines neu-österreichischen Patriotismus erwecken und vertiefen wollte. Walterskirchen, die 2004 eine bemerkenswerte Dollfuß-Biographie geschrieben hat, betont sein „starkes Charisma“, das am intensivsten nach seinem Tod wirkte und in ihm den „Märtyrerkanzler“ und Verteidiger Österreichs und Europas gesehen hat. War er doch Europas erster Regierungschef, der todesmutig den Kampf gegen Hitler aufgenommen und im Tode noch gewonnen hat. Zugleich zeigt die Autorin, dass die von ihm zu

verantwortenden Todesurteile für neun aufständische Arbeiter, trotz hochrangiger Bitten um Begnadigung, bei den Kräften der Linken zu einem über das Grab reichenden Hass geführt haben. Eine paradoxe Folge besteht in der Tendenz nicht weniger „linker“ Historiker, die historische Abwehrleistung des Bundeskanzlers und der österreichischen Exekutive zu verschweigen oder zu bagatellisieren oder auf die bloße Tatsache des Kanzlermordes einzuengen.

Die Verfasserin bedauert den Versuch nicht weniger Historiker, das System des neuösterreichischen Patriotismus abwertend als „Austrofaschismus“ zu bezeichnen, obwohl der Gründer des neuen patriotischen Systems, Engelbert Dollfuß, wie auch der Bundespräsident Miklas und dessen Anhängerschaft diesen Ausdruck nicht verwendeten. Das mag auch mit den zwischen Österreich und Italien seit dem Ersten Weltkrieg bestehenden bitteren Erinnerungen an die Grauen des Gebirgskrieges 1916-1918 und der für Österreich schmerzlichen Südtirol-Problematik zusammenhängen. Dollfuß selbst kämpfte an der italienischen Front und benützte eine Zusammenkunft des Christlich-Sozialen Parteiclubs, um ausdrücklich zu erklären, dass Österreich nicht gedenke, italienische Politikformen zu übernehmen. Während die italienischen Faschisten Eroberungspläne in Richtung Ostafrika, den Balkan und das Mittelmeer schmiedeten, erklärte Österreichs Bundeskanzler Schuschnigg: „Wir haben unsere Grenzen nicht ausgesucht, doch was wir haben, wollen wir behalten.“ Dollfuß, der den österreichischen Staatswiderstand gegen das Dritte Reich führte, lebte in einer christlich-charismatischen Vorstellungswelt,

die ihn glauben ließ, er sei von einer „höheren Macht“ zur Verteidigung Österreichs, des europäischen Status quo und des christlichen Abendlandes berufen. Sein Einfluss erreichte nach seinem Tod eine präzedenzlose Steigerung. Als eminenten Zeitzeuge schrieb Karl Renner nach dem Tod und dem Sieg des Bundeskanzlers: „Der Sieg der Exekutive war vollkommen. [...] Die Führerschaft der siegenden Front ehrte ihn in dankbarer Hingabe. Sein erschütternder Tod warb für seine Sache. [...] Er wurde der Reaktion zum Märtyrer und Heros und sein Prestige stellte das Luegers und Seipels in den Schatten.“

Erst in der Nachkriegszeit der Zweiten Republik vermochten die Kräfte der Linken ihren Helden- und Opferkult samt seinen Schuldzuweisungen aufzubauen. Insgesamt entstand hier ein faszinierendes Buch zu einer heute noch erschütternden Zeit.

**PROF. DR. GOTTFRIED-KARL KINDERMANN,
MÜNCHEN**



**Thielmann, Wolfgang (Hrsg.):
Alternative für Christen?
Die AfD und ihr gespaltenes
Verhältnis zur Religion.
Neukirchen-Vluyn: Neu-
kirchener Verlagsgesellschaft
2017, 192 Seiten, € 17,00.**

Mit der Bundestagswahl 2017 ist eine Partei in den Deutschen Bundestag eingezogen, deren Anhänger sich lautstark als „Verteidiger des christlichen Abendlands“ (S. 19) in Szene setzen, deren Positionen und Parolen die verfassten Kirchen aber zugleich unter dem Slogan „Unser Kreuz hat keine Haken“ (S. 7) gegen sich aufbringen. Angesichts dieser Diskrepanz steht die Frage im Raum, ob die Alternative für Deutschland eine politische „Alternative für Christen“ darstellen kann. Um dies zu klären, hat der Publizist und evangelische Pastor Wolfgang Thielmann im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahl eine lesenswerte Mischung von Aufsätzen und Interviews zusammengetragen und das gesplante Verhältnis der AfD zur Religion näher beleuchtet.

Zum Auftakt streicht er selbst die in allen Teilen der Partei (vom neoliberalen über den konservativen bis hin zum völkisch-nationalen Flügel) vorhandenen antikirchlichen Tendenzen heraus. So forderten Repräsentanten aller Richtungen „ein Ende der Kirchensteuer und den Entzug der Körperschaftsrechte, weil Gemeinden Kirchenasyl anbieten und die Kirchen die Partei kritisieren“ (S. 8). Jenseits der